

BUND, Leonhardstraße 1, 88212 Ravensburg

Stadt Ravensburg  
Stadtplanungsamt  
Seestraße 32  
88214 Ravensburg

9. Januar 2009

### **Geplantes Gewerbegebiet „Erlen/B 33“ in Ravensburg, Ihr Schreiben vom 4.12.2008**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der BUND kann dem geplanten Gewerbegebiet Erlen wegen grundsätzlichen Bedenken nicht zustimmen.

Der Flächenverbrauch ist auch in Oberschwaben zu einem der gravierendsten Umweltprobleme geworden. Zunehmend werden Böden dem Naturhaushalt entzogen – als Wasserfilter und Wasserspeicher, als Standort für Frischluftproduktion, als Lebensraum für Pflanzen und Tiere, als Grundlage für die Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion und als Erholungsraum – und das unwiderruflich. Baden-Württembergs Umweltministerin Tanja Gönner fordert die Kommunen im Land immer eindringlicher auf, den Flächenverbrauch deutlich zu reduzieren – aus ökologischen und ökonomischen Gründen.

Derzeit ist der Trend jedoch eindeutig: immer mehr Fläche wird jährlich für Gewerbe-, Wohngebiete und Straßen beansprucht. Der Zuwachs betonierter und asphaltierter Flächen ist deutlich höher als der Zuwachs an Bevölkerung und Arbeitsplätzen. Im Kreis Ravensburg ist momentan sogar ein regelrechter Wettlauf unter den Städten und Gemeinden im Gange: wer bietet am schnellsten große Flächen billig an. Aktuelle Planungen für neue Industrie- und Gewerbegebiete in bislang unverbauter Landschaft in Leutkirch, Bad Wurzach/Bad Waldsee, Kißlegg, Argenbühl, Aulendorf und in den Schussental-Gemeinden belegen diesen Eindruck. Dabei werden Arbeitsplätze eher verlagert als neu geschaffen.

Auch die ökologische Modellstadt Ravensburg beteiligt sich an diesem Wettrennen und plant nun zwischen der Ravensburger Weststadt und Bavendorf das 47,8 Hektar große Gewerbegebiet „Erlen“ in bislang unverbauter Landschaft.

Der BUND Ravensburg lehnt diese Pläne ab. Sie sind mit einer nachhaltigen Stadtentwicklung nicht vereinbar. Damit wird der jährliche Flächenverbrauch im Schussental linear fortgeschrieben statt reduziert. So fordert der Nachhaltigkeitsrat der Bundesregierung, bis zum Jahr 2020 die Neuversiegelung von Böden um 70% zu verringern. Ravensburg ist wie viele andere Gemeinden weit davon entfernt sich an diesem Ziel zu orientieren.

Für ein 47,8 Hektar großes Gewerbegebiet mit geplanten 22,4 ha versiegelter Baufläche besteht in Ravensburg kein Bedarf. Das sagt selbst ein aktuelles Gutachten, das die Stadt vor kurzem vorgestellt hat und das von einem zusätzlichen Gewerbeflächen-Bedarf von 13 ha bis 2020 ausgeht. (Umweltbericht Seite 9).

Diese 13 Hektar sind nach Auffassung des BUND durch die Innenentwicklung und die maßvolle Erweiterungen bestehender Gewerbegebiete realisierbar. In der Bahnstadt liegt noch erhebliches Potential für Umnutzungen und Bebauungen in einem Gebiet, das bereits versiegelt und erschlossen und auch optimal ans öffentliche und automobilen Verkehrsnetz angebunden ist. Diese Innentwicklung wird nur gefördert, wenn im Außenbereich keine neuen und billigeren Bauflächen angeboten werden. Auch bestehende Gewerbegebiete im Ravensburger Süden (z.B. Karrer und Mariatal, Beton Wolf in Oberhofen) und in der Weststadt bieten durchaus noch Flächenreserven und sogar Erweiterungsmöglichkeiten. 13 Hektar sind dort insgesamt sicherlich realisierbar. Sie wären auch leicht in einem interkommunalen Gewerbegebiet in Baienfurt unterzubringen. Nach der Schließung der dortigen Papierfabrik (fast 40 ha Industrie- und Gewerbefläche!) gebietet es die Fairneß und Solidarität, daß die umliegenden Städte und Gemeinden jetzt ihre eigenen Gewerbegebiets-Pläne in die Schubladen stecken und mithelfen, dass in Baienfurt schnell ein interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet mit Leben und Arbeitsplätzen gefüllt wird. Aus ökologischer Sicht ist dieser Standort ohnehin um ein vielfaches günstiger: weniger Neuversiegelung, bessere Anbindung ans überregionale Verkehrsnetz, kein neues Baugebiet in bislang unverbauter Landschaft.

Die Städte und Gemeinden des Schussentals haben es nicht geschafft, gemeinsam Bau- und Gewerbeflächen zu entwickeln. Die Konkurrenzsituation führt jetzt dazu, dass immer noch mehr Flächen – weit über den eigentlichen Bedarf hinaus – zu noch immer billigeren Konditionen angeboten werden. So können die Unternehmen leicht die Kommunen untereinander ausspielen – auf Kosten von Natur und Umwelt und auf Kosten der Landwirtschaft.

So vernichtet das Gewerbegebiet Erlen einen kompletten größeren Landwirtschaftsbetrieb mit funktionierender Direktvermarktung. Das naheliegende FFH-Schutzgebiet „Schussenbecken und Schmalegger Tobel/Hotterloch“ wird beeinträchtigt – durch Änderungen im Wasserhaushalt, Stoffeinträge und durch nächtliches Dauerlicht in den angrenzenden Flächen. Böden werden im großen Umfang versiegelt und damit dem Wasserschutz und Klimaschutz entzogen. Ein Ausgleich für diese Versiegelung ist nicht möglich.

Im Übrigen zeigt die Entwicklung der Gewerbeflächen in Mariatal, wie schwierig es ist, einmal gezogene Grenzen zwischen Bebauung und Landschaft einzuhalten. Der BUND hat ein Gewerbegebiet Mariatal immer abgelehnt, wohl wissend, dass sich Erweiterungen aus ökonomischen Gründen nicht aufhalten lassen. Auch aus dieser schmerzlichen Erfahrung lehnt der BUND die Ausweisung neuer Gewerbe- und Industrieflächen in freier Landschaft kategorisch ab.

Fraglich ist auch der wirtschaftliche und soziale Nutzen weiterer Bauflächen im Außenbereich. Neue Arbeitsplätze können auch ohne neue Gewerbegebiete im Außenbereich entstehen: flächensparende Bauweisen und durch Entwicklung von Branchen, die viele Arbeitsplätze bringen und dabei relativ geringe Flächen beanspruchen. Oberschwabens Arbeitsmarkt der Zukunft liegt eher in den Branchen „Dienstleistungen und Soziales“, „Gesundheit“, „Bildung“, „Tourismus“. Hier sind viele qualifizierte Arbeitsplätze ohne großen Flächenfraß möglich. Diese Arbeitsplätze ziehen auch nicht ins Ausland ab. Sie bleiben uns erhalten. Der demographische Faktor wird in einigen Jahren zu Gewerbe- und Wohnbrachen führen. Wenn man außerdem bedenkt, dass der Anteil der älteren Menschen steigt und die Bevölkerungszahl auch in Baden-Württemberg ab 2012 sinkt, ist die Zersiedlung der Gemeinden auch sozial und wirtschaftlich unverantwortlich. Auch deshalb muss der Entwicklung der Innenstädte und Dorfkerne und die Wiederbelebung alter Industrie- und Gewerbegebiete die oberste Priorität gelten.

Wir fordern die Stadt Ravensburg auf, die beabsichtigte Flächenausweisung „Erlen“ nicht weiter zu verfolgen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen



Ulfried Miller  
Geschäftsführer BUND Ravensburg